

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

6.1.1919 (No. 5)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
Dr. H. M. S. D.
Druck
und Verlag:
H. Brunsche
Postfach
Karlsruhe, betriebl.
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4.475 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 4.492 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 M. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

* Das Ergebnis der Wahlen zur badischen Nationalversammlung.

Bei den gestrigen Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung für Baden wurden insgesamt 996 980 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten:

- Zentrum 369 057,
- Deutschnationale Volkspartei 70 081,
- Sozialdemokratische Partei 316 181,
- Deutschdemokratische Partei 227 111,
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei 14 550 Stimmen.

Das Wahlergebnis in allen vier Wahlkreisen ist folgendes:

- 1. Zentrum,
- 7 Deutschnationale Volkspartei,
- 35 Sozialdemokraten,
- 24 Demokraten,
- Unabhängige.

(Weiteres über die Wahlergebnisse siehe unter Baden.)

Amerikanische Lebensmittellieferung für Europa.

Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittellieferungskommission, Hoover, gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er sagt: Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültige Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine Zeit lang auszuhalten, von der Versorgung mit Fett abgesehen, die ohne Zweifel sehr knapp ist. Die Festsetzung der Bedingungen über die Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfassen insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen, damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Unternehmung und der Schaffung für Organisation keine Verzögerung entsteht. Wir haben durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamtes und der Lebensmittellieferung bis jetzt etwa 180 000 Tonnen Nahrungsmittel nach den verschiedenen europäischen Häfen geschickt. Daneben haben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge des schlechten Zustandes der Eisenbahnen und des rollenden Materials in allen hier in Frage kommenden Ländern.

Die Neubildung des preussischen Ministeriums und Befähigung der Reichsregierung.

Die Berliner Abendblätter vom Samstag melden: Nach dem Rücktritt der unabhängigen Mitglieder des preussischen Kabinetts haben nun auch die Wehrheitssozialisten ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Wie die politischen, parlamentarischen Nachrichten melden, werde der Zentralrat über die endgültige Befähigung des preussischen Ministeriums erst schlüssig werden, wenn die Berichte über die bisherige Amtsführung eingelaufen sind. Es bleibt abzuwarten, ob diese Prüfung mehr als formelle Bedeutung hat. Von unbefähigter Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch Ebert, Scheidemann und Landsberg nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ihre Ämter formell dem Zentralrat zur Verfügung gestellt haben. (Nach dem B.Z. wird von zukünftiger Stelle mitgeteilt, daß es sich um eine reine Formfrage handelt.)

Berlin, 4. Jan. (B.Z.). Der Abend meldet: Wie wir von maßgebender Seite hören, hat die Formalität des Rücktritts des preussischen Kabinetts bereits ihre Erledigung gefunden. Der Zentralrat hat die Minister sofort wieder in ihren Ämtern befähigt.

Das Vorrücken der Polen.

Das „Berliner Tagblatt“ meldet aus Warschau: Die Lage hat sich in der Nacht zu heute zuspitzt. Die Polen haben bereits die nur 6 Kilometer von Deutschen entfernte Bahnstation Grotschütz besetzt, und von dort aus an das Kommando des Heeres in Warschau das Ultimatum gestellt, bis heute mittag 12 Uhr den Bahnhof Deutschen den Polen zu übergeben. Zu gleicher Zeit haben sie mit der etwa 25 Kilometer vom Bahnhof in östlicher Richtung entfernten Stadt Werschen Verhandlungen wegen Übergabe der Stadt begonnen. — Es muß hervorgehoben werden, daß Deutschen von 2800 Deutschen und 1800 Polen bewohnt wird. Die Verhandlungen gegenüber der Stadt schweben noch. Das polnische Ultimatum wegen Räumung der Station Deutschen hat das Kommando des Heeres in Warschau abgelehnt und an die Deutschen den Befehl gegeben, den Bahnhof unter allen Umständen zu halten. Der Bahnhof Deutschen ist ein großer Eisenbahnknotenpunkt. Falls derselbe in polnische Hände fallen sollte, so ist nicht nur die Verbindung von hier nach Schlesien, sondern auch die Lebensmittelversorgung von Frankfurt an der Oder und Berlin und weiter Gebiete des Reichs ernstlich gefährdet.

Die Kommandogewalt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt von der Reichsregierung, daß hinsichtlich der auf dem Dezemberkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte festgelegten 7 Hamburger Punkte über die Kommandogewalt im Dore jetzt eine völlige Einigung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Kriegsministerium erfolgt ist. Eine amtliche Mitteilung hierüber ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

* Vom Tage.

Karlsruhe 6. Januar.

(Die Wahlen zur ersten badischen Nationalversammlung.)

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung, die am gestrigen Sonntag im ganzen Lande unter sehr starker Beteiligung stattfanden, haben ein Ergebnis gehabt, das für den, der die Ereignisse der letzten Zeit und ihr Echo in der Stimmung der Bevölkerung aufmerksam verfolgt hat, nichts Überraschendes bietet. Auch die Tatsache, daß die Unabhängigen (mit ihren 14 550 Stimmen) auch noch nicht einen einzigen Kandidaten durchbrachten, kann weiter nicht verwundern, da ja bekannt ist, daß diese Partei einseitig lediglich durch die außergewöhnliche Entschlossenheit ihrer Agitation sich am Leben erhält und in den breiten Massen des Volkes höchstens Wirtläufer, aber nur wenig überzeugte Anhänger besitzt. Wir machen diese Feststellung natürlich, ohne damit irgend ein Werturteil über die politischen Anschauungen der Unabhängigen abgeben zu wollen. Anzuerkennen ist auf jeden Fall, daß die Unabhängigen bei uns in Baden den wilden und gefährlichen Terror der Berliner und anderer norddeutschen Parteigenossen im allgemeinen nicht mitgemacht haben.

Da die Wahlen auf Grund des freiestmöglichen Wahlrechtes der ganzen Welt stattgefunden haben, dürfen sie zweifellos als ein Barometer für die politischen Stimmungen innerhalb Badens betrachtet werden. Diese Betrachtung zeigt, daß wir eine extreme, eine radikale Politik ablehnen und entsprechend der Eigenart unseres Volkscharakters mehr praktische Politik auf dem Boden des Erreichbaren zu treiben wünschen. Diese Tendenz war ja schon das Kennzeichen der letzten Jahre unter dem alten Regime. Und wenn damals nicht allenthalben die Arbeit geleistet worden ist, die man im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unseres politischen Lebens für notwendig hätte halten sollen, so lag das nicht an der Bevölkerung oder am Parlament, sondern an den nun einmal bestehenden verfassungsrechtlichen Verhältnissen, die infolge der Übermacht des Bürokratismus eine freie Entfaltung vielfach verhinderten. Die Revolution hat ja nun mit diesen Verhältnissen aufgeräumt und die Bahn freigemacht für eine wahre Volksregierung.

Unter dem bisher bestehenden Verfassungsrecht setzte sich die Zweite Kammer zusammen aus 73 Abgeordneten. Diese 73 Sitze verteilten sich nach dem Wahlergebnis von 1913 folgendermaßen: 29 Zentrum, 21 Nationalliberale, 13 Sozialdemokraten (darunter 1 Unabhängiger), 6 Fortschrittler, 5 Rechtsstehende Vereinigung. Die badische Nationalversammlung, die gestern gewählt worden ist, wird sich aus 107 Abgeordneten zusammensetzen; das bedeutet also ein Mehr von 34 Sitzen. Nach dem gestrigen Wahlergebnis werden von den 107 Abgeordneten sitzenden entfallen auf die Zentrumspartei 41, auf die Sozialdemokraten 35, auf die deutschdemokratische Partei 24, auf die deutsch-nationale Volkspartei 7. Für den alten Landtag ergab sich die charakteristische Tatsache, daß keine einzige dieser Parteien die Mehrheit besaß. Nur durch das Zusammengehen zweier Parteien konnte eine Mehrheit herbeigeführt werden. Da sich Liberale und Sozialdemokraten in vielen entscheidenden Fragen in einer bewußten Kampfstellung gegenüber dem Zentrum befanden, sprach man von einer Linksmehrheit der Kammer. Während des Krieges ist der „Großblock“, der diese Mehrheit ermöglichte, aber gekündigt worden. Und heute bestehen neue Verhältnisse, durch die ganz neue Probleme aufgeworfen werden. An der Tatsache, daß keine Partei die Mehrheit besitzt, hat sich aber auch jetzt nichts geändert. Weder die Zentrumspartei, noch die Sozialdemokraten, noch die deutschdemokratische Partei ist im Besitz einer solchen. Die Parteien werden also auch in der Nationalversammlung benötigt sein, sich miteinander zu verständigen und eine Politik zu treiben, die das Ziel verfolgt, wirklich Brauchbares u. Positives zu schaffen und gewagte Experimente zu vermeiden. Daß das neue Ministerium sich aus den Vertretern aller Parteien zusammensetzen wird, daß wir also ein Koalitionsministerium haben werden, ist selbstverständlich.

Ist sonach der alte Zustand, nach welchem keine Partei für sich allein die Mehrheit besaß, geblieben, so zeigt sich doch bei einem Vergleich des Wahlergebnisses von 1919 mit dem von 1913 eine ganz erhebliche Verschiebung im Verhältnis der

Stimmen. Zu berücksichtigen ist bei einer jeden vergleichenden Betrachtung der Umstand, daß diesmal alle badischen Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an wählen durften, und daß auch den Frauen das Wahlrecht zustand. Sehen wir uns nun die Wahlergebnisse von 1919 und 1913 des näheren an, so können wir zu einem richtigen Urteil nur dann gelangen, wenn wir zu einer prozentualen Berechnung schreiten. Nach einer solchen Berechnung hatte das Zentrum im Jahre 1913 35,0 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, jetzt beträgt dieser Prozentsatz 37,02. Von deutschdemokratischer Seite wird darauf hingewiesen, daß zahlreiche Anhänger ihrer Partei für das Zentrum gestimmt hätten, weil sie geglaubt hätten, daß dieses am entschiedensten gegen die Trennung von Staat und Kirche Stellung nehme. Abschließend wird man sagen dürfen, daß das Zentrum seinen Besitzstand gewahrt hat. Was die Konservativen (früher rechtslebende Vereinigung, jetzt deutsch-nationale Volkspartei) betrifft, so haben sie 1913 9,4 Prozent der Stimmen bekommen, 1919 7,03 Prozent. Einen recht beträchtlichen Verlust an Stimmen haben die einstigen liberalen Parteien erlitten. Erzielten Nationalliberale und Fortschrittler 1913 33,3 Prozent, so vereinigte die deutschdemokratische Partei, die heute Nationalliberale und Fortschrittler umfaßt, diesmal nur 22,78 Prozent auf ihre Wahllisten. Die Partei, die sehr erheblich, das heißt etwa um dieselben 10 Prozent, die die Liberalen verloren haben, zugenommen hat, ist die Sozialdemokratie. 1913 bekam sie 22,3 Prozent der Stimmen, 1919 31,71 Prozent, zu denen man die 1,46 Prozent der Unabhängigen noch hinzuzurechnen hätte. Bei einer genaueren Durchsicht der Wahlergebnisse im einzelnen ergibt sich, daß die Sozialdemokraten den Zustrom an neuen Wählern hauptsächlich aus den Landbezirken bekamen; in den Städten ist der Zuwachs verhältnismäßig nicht so bedeutend gewesen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wahlen ein für die Sozialdemokratie noch günstigeres Ergebnis gezeitigt hätten, wenn nicht das terroristische Treiben der Unabhängigen und Spartakusleute in Norddeutschland viele von der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zurückgehalten hätte. Im übrigen möchten wir bemerken, daß unsere Berechnungen, so sorgfältig und gewissenhaft sie auch aufgestellt sind, in Einzelheiten vielleicht noch berichtigt werden. Aber das Gesamtbild scheint uns doch heute bereits festzustehen. Eine genaue, bis ins Einzelne gehende Betrachtung des Wahlergebnisses werden wir veröffentlichen, sowie das gesamte amtliche Material vorliegt.

Nachdem der große Tag der Wahl vorüber ist, und sich die parteipolitische Zusammenfassung unseres Landes deutlich und klar offenbart, nachdem sonach der erste wichtige Schritt zum Neuaufbau eines von Gesetz, Ordnung und Sitte regierten Staates getan worden ist, möchten wir auch an dieser Stelle all den Gefühlen der Hoffnung und der Zuversicht Ausdruck geben, die uns jetzt bejelen. Möge die Wahl vom 5. Januar 1919 als ein Glück und Segen verheißender Art in der Geschichte unseres Landes fortleben! Möge er die Parteibildung, durch die wir in eine an Glück und Wohlfahrt reiche Zukunft unseres Landes eintreten. Wir sind überzeugt, daß die Männer, die vom Volke gewählt worden sind, ihre beste Kraft an die heilige Aufgabe setzen werden, dem badischen Heimatland mit aller Inbrunst und aller Aufopferung zu dienen. Der badischen Nationalversammlung wird eine Arbeitslast auf die Schultern gelegt werden, wie sie gleichbedeutend und verantwortungsvoller wohl noch nie auf den Schultern eines mittelstaatlichen Parlaments geruht hat. Das Vertrauen des Volkes wird die Kraft der Abgeordneten stärken und wird sie anspornen, das Höchste zu leisten für das Wohl dieses Volkes! A.

Spartakusdemonstrationen in Berlin.

Infolge eines gemeinsamen Aufrufes der Unabhängigen und der Spartakusleute versammelten sich nach einer Meldung des B.Z. am Sonntag in der Berliner Siegesallee mehrere Anhänger zu einer Massenkundgebung gegen die Absetzung Eberts. Viele Redner forderten nicht nur zur Bewaffnung des Proletariats auf, sondern erklärten, unter dem Beistand ihrer Zuhörer, daß sie entschlossen seien, die Nationalversammlung zu verhindern.

Sie forderten die Masse auf, sich sofort zum Reichsamt zu begeben und Ebert und Scheidemann zu massakrieren. Dann formte sich der Zug und zog durch das Brandenburger Tor vor das Ministerium des Innern. Am Brandenburger Tor verbrannte man auf Scheiterhaufen eine Unmenge von Regierungsflugblättern.

Vor dem Ministerium wartete bereits Liebknecht in einem Kraftwagen auf den Zug. Von dem Verdeck herab hielt er eine Ansprache an die Menge, worin er sagte, daß an der Spitze des Reiches Verbrecher ständen. Das Proletariat müsse sich bewaffnen und einen eisernen Ring um das Präsidium legen. Die Soldaten müßten im Verein mit dem bewaffneten Proletariat alles aufbieten, um die Entfernung Eichhorns zu verhindern. Die Erregung wuchs von Minute zu Minute.

Nach dem Kampfaufbruch Liebknechts setzte sich der Zug nach dem Polizeipräsidium in Bewegung. Auf dem Balkon des Polizeipräsidiums erschien Eichhorn in Begleitung Liebknechts und Ledebours. Eichhorn gab vom Balkon aus die Erklärung ab, daß er solange auf seinem Posten bleiben werde, wie es das Berliner Proletariat verlange, und daß er seine ganze Macht dazu benutzen werde, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Nachdem auch Liebknecht das Wort ergriffen hatte, zog die Menge gegen 5 Uhr weiter. Ein Teil der Demonstranten zog vor das Gebäude des „Vorwärts“, dessen Besetzung bereits in besonderer Meldung vorliegt.

Im Anschluß an die Demonstrationen für den abgelehnten Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn haben am Sonntag nachmittag gegen 6 Uhr die revolutionären Elemente und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins wiederum den „Vorwärts“ besetzt. 500-600 Personen zogen mit Banner und einer Tafel mit der Aufschrift: „Hoch Eichhorn!“ Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann“ vor das Verlagshaus des „Vorwärts“ in der Lindenstraße. Dort waren seit den letzten Fußmärschen auf den „Vorwärts“ etwa 80 Mann mit 50 Maschinengewehren untergebracht. Die Demonstranten erklärten, daß sie gekommen seien, um den „Vorwärts“, der verlogene und heftige Artikel gegen den Polizeipräsidenten Eichhorn gebracht hätte, zu besetzen und von nun ab selbst den „Vorwärts“ erscheinen zu lassen. Die Sicherheitswehr ließ die Demonstranten eintreten. So wurde nicht nur die Redaktion, sondern auch die Druckerei und der Verlag besetzt. Die Redakteure Kuttner und Heilmann konnten noch telefonisch die Regierung und Kommandantur von der Besetzung in Kenntnis setzen.

Vor dem „Vorwärts“ hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt. Es wurden Reden gehalten und Hochrufe auf Eichhorn ausgebracht. Das Propagandabureau der sozialdemokratischen Partei für Groß-Berlin wurde von der Menge geöffnet und das gesamte Material an Flugblättern und Plakaten usw. auf die Straße herausgeworfen und verbrannt. Ferner wurde das Volkische Telegraphenbureau, sowie die Redaktionen des „Berliner Lokalanzeiger“, des „Tageblatts“ und der „Vossischen Zeitung“ von der revolutionären Arbeiterschaft besetzt.

Die „Note Fahne“ das Blatt der Spartakisten schreibt, dürfen diese bürgerlichen Blätter weiter erscheinen, jedoch nur unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates, der damit nur seine Pflicht als Organ der bedrohten Revolution wahrnehme. Weiter stellt die „Note Fahne“ fest, daß Polizeipräsident Eichhorn im Amte bleibe, gestützt auf den Willen der Groß-Berliner Arbeitermassen, der Sicherheitswehr und der Volksmarine. (Z. U.)

Berliner Kundgebung der revolutionären Arbeiter- und Soldaten.

Aus Berlin meldet die Z. U. vom 6. Januar: Die revolutionären Arbeiter und Soldaten haben der Regierung das Ultimatum gestellt, sofort zu entscheidenden Beschlüssen des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Stellung zu nehmen und diese vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Gesetz erhobenen Beschlüsse in Kraft treten zu lassen. Es handelt sich u. a. um folgende Punkte: 1. Sofortige Entlassung aller Offiziere. 2. Entfremdung der Grabwägen. 3. Die örtliche Kommandogewalt bleibt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. 4. Wahl der Führer durch die Mannschaften. 5. Vollständige Auflösung des Heeres und Einsetzung eines wirklichen Volksherees.

Die „Bad. Pr.“ berichtet: Die revolutionären Elemente und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins, der Zentralverband der sozialistischen Wahlvereine Groß-Berlins, der Zentralrat der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) erlassen in der heutigen Nummer einen Aufruf, in dem gesagt wird, daß allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden müsse. Es heißt in dem Aufruf: „Sobald aus den Betrieben, erscheint in Massen. Heute 11 Uhr, vormittag, in der Siegesallee. Es gilt die Revolution zu besetzen und durchzuführen. Auf zum Kampf für den Sozialismus, auf zum Kampf für die Macht des revolutionären Proletariats, nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann.“

Zum Rücktritt der Unabhängigen aus der preussischen Regierung.

Das Schreiben der Mitglieder der preussischen Regierung Straßel, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld, Dr. Graf Arco, Dr. Dreifeld, Paul Hoffmann, Hofer und Simon an den Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland hat folgenden Wortlaut:

Als die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörenden Volksbeauftragten Barth, Dittmann und Hoase aus dem Rat der Volksbeauftragten austraten, weil sie erkannt hatten, daß sie mit Ebert, Landsberg und Scheidemann nicht mehr weiter zusammenarbeiten konnten, ohne die Revolution und den Sozialismus zu gefährden, entstand auch für uns, die zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörenden Mitglieder der preussischen Regierung, die Frage, ob wir noch länger im Amte bleiben könnten. Wir erklärten uns sofort mit den Genossen Barth, Dittmann und Hoase solidarisch und verlangten eine Aussprache mit dem Zentralrat. In dieser Aussprache ergab es sich, daß eine erfolgreiche Vertretung unserer Ideen in der Regierung für uns unmöglich ist, nachdem der Zentralrat infolge des Verzichts der unabhängigen Fraktion des Rätekongresses eine rein mehrheitssozialistische Zusammensetzung erfahren hat und nachdem uns durch das Ausschließen unserer drei Genossen aus dem Rat der Volksbeauftragten auch der notwendige Rückhalt bei der Regierung der deutschen Republik geraubt worden ist. Die Unmöglichkeit unseres Verbleibens in der preussischen Regierung stellte sich unmittelbar heraus, als gestern von uns verlangt wurde, wir sollten ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reichswehrkommandos zum preussischen Kriegsminister zustimmen. Wir sollten uns damit begnügen, daß der Zentralrat mit dem Obersten Reichswehrkommandos verhandelt und die Überzeugung gewonnen hat, daß er die an den Kriegsminister der neuen Republik zu stellenden Anforderungen erfüllt.

Die vom Obersten Reichswehrkommandos schriftlich abgegebene programmatische Erklärung wurde uns aber nicht im Wortlaut vorgelegt. Als wir sie forderten, lehnte der Zentralrat ab, auf die Beschaffung dieses wichtigen Dokuments hinzuwirken. Die kurze und unbestimmte Inhaltsangabe konnte uns gerade nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht genügen, denn der Zentralrat hat nach der Stellung, die er in den Verhandlungen mit den Volksbeauftragten der unabhängigen Sozialdemokratie eingenommen hatte, nicht die genügende Garantie, daß wir auf in Urteil allein hätten bauen können. Er hat bekanntlich verjagt, als er sich in den entscheidenden Auseinander-

setzungen mit Barth, Dittmann und Hoase teils auf einen revolutionärsfeindlichen Standpunkt stellte, teils die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Revolution verzögerte. Wie wir gestern feststellten, ist er auch bis jetzt noch nicht über die Demokratisierung des Heeres und über die von unserem revolutionären Standpunkt aus unumgängliche Umgestaltung des gesamten Verteidigungswesens zu Beschlüssen gelangt. Mit diesem Zentralrat ist ein Zusammenarbeiten unmöglich. Deshalb erklären wir hiermit den Rücktritt aus unseren Ämtern.

Zu dieser Erklärung der zurückgetretenen unabhängigen Minister verlaute folgendes: „Die Darstellung, als sollten die bisherigen preussischen Minister ohne weitere Prüfung der Ernennung des neuen Kriegsministers zustimmen und als habe der Zentralrat die Beschaffung der programmatischen Erklärung des Obersten Reichswehrkommandos abgelehnt, geht von falschen Voraussetzungen aus und erweckt falsche Eindrücke. Der Zentralrat als oberster Träger der politischen Gewalt hat sein Recht, Minister ein- und abzugeben, auch im Falle des neuen Kriegsministers ausgeübt. In dieser Ausübung kann also keine Unmöglichkeit des weiteren Verbleibens liegen, da dieses Recht des Zentralrats von vornherein bekannt war. Außerdem ist die Zustimmung zur Ernennung eines Kriegsministers, dessen Gehalt Preußen nicht einmal zahlt, lediglich eine auf der bisherigen preussischen Verfassung beruhende Formalität. Ebenso hat der Zentralrat es keineswegs abgelehnt, auf die Beschaffung der programmatischen Erklärung hinzuwirken, sondern hat den preussischen Ministern anheimgestellt, sich diese Erklärung von der Reichsregierung ausfolgen zu lassen, die dazu bereit sei. Wenn die Herren behaupten, der Zentralrat biete keine genügende Garantien, da er sich den ausschließenden unabhängigen Volksbeauftragten gegenüber auf einen revolutionärsfeindlichen Standpunkt gestellt habe, so weist der Zentralrat diese Unterstellung auf das crasseste ab. Gerade über die Demokratisierung und die unumgängliche Umgestaltung des gesamten Verteidigungswesens hat der Zentralrat von vornherein entsprechend den Beschlüssen des Rätekongresses den entscheidenden Standpunkt eingenommen. Er sieht die härteste Garantie für seine der Revolution dienende Stellung darin, daß seine Wahl auf dem Rätekongreß mit neun Zehnteln aller Stimmen erfolgte.“

Graf Hertling †.

Der frühere Reichszentraler Graf Hertling ist am Samstag abend in Ruhpoldingen (Oberbayern) 94 Uhr nach sechsstägigem Krankenlager hier verschieden. Die Beisetzung findet in München statt.

Zum Tode des Grafen Hertling schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Graf Hertling wird in der Geschichte nicht als eine Kraftnatur weiterleben, die uns in neue Bahnen führte und Gewaltiges schuf. Es war auch nicht die Aufgabe, die ihm die Übernahme des Kanzleramtes mit auf den Weg gab. Politischer Ehrgeiz lag ihm fern. Nur gögnerd übernahm er das Amt aus dem Bewußtsein heraus, daß Volkswohl und Staat seiner bedürften. Die Politik der Versöhnung, des Ausgleichs, gab seinem Handeln die Richtschnur und er hat alle Kräfte daran gesetzt, unter Ausgleich der Parteigegensätze die Fortführung der Geschäfte zu ermöglichen. Es lag nicht an ihm, wenn das Drängen der Zeit nach neuen Bahnen sich stärker erwies, als sein Streben nach Sammlung von gemeinsamen Zielen. So ist auch die kurze Frist von 11 Monaten, die seine Kanzlerschaft dauerte, nur eine Zeit des Übergangs geblieben, ohne daß dadurch aber das Opfer, das der schon im Alter Stehende brachte, geringer bewertet werden könne.“

Das Staatsgrundgesetz für die Republik Bayern.

Die Korr. Hoffmann veröffentlicht folgendes Staatsgrundgesetz für die Republik Bayern:

- Bayern ist eine Republik!
1. Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich).
 2. Die höchste Gewalt des bayerischen Staates liegt beim Volke.
 3. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung und Wahlen der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe. Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des bayerischen Staates, der das 20. Lebensjahr vollendet hat.
 4. Durch Wahlen der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Die Wahl ist allgemein, gleich und unmittelbar und geheim nach dem Verhältnis der Stimmen.
 5. Wahlberechtigt sind alle bayerischen Staatsbürger; wählbar sind alle Staatsbürger über 25 Jahre.
 6. Die oberste vollziehende Gewalt wird vom Gesamtministerium ausgeübt.
 7. Das Gesamtministerium hat das Recht, Beschlüsse des Landtages innerhalb 4 Wochen der Volksabstimmung (Referendum) zu unterbreiten. In solchen Fällen werden Beschlüsse des Landtages erst wirksam, wenn sie in der Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit bestätigt worden sind. Entschieden die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen; entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.
 8. Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens und der Meinung in Rede und Schrift, Freiheit der Lehre, der Wissenschaft und Kunst.
 9. Das Eigentum ist unverletzlich. Die Enteignung von Vermögen kann nur zum Zwecke des allgemeinen Wohles auf Grund von Gesetz erfolgen.
 10. Vor dem Gesetz sind alle Einwohner gleich. Niemand darf einem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die Rechtssprechung wird durch unabhängige Richter ausgeübt.
 11. Alle Vorrechte der Geburt und des Adels, sowie Titel, die keine Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben. Neue Fideikommissen dürfen nicht errichtet werden, die bestehenden sind durch besonderes Gesetz aufgehoben.
 12. Die öffentlichen Lasten sind ansteigend nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen.
 13. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht weitgehender Selbstverwaltung; die Wahlen zu den Gemeinde-Verwaltungsorganen erfolgen nach den Grundgesetzen des Landtagswahlrechtes.
 14. Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig vom Staate und unterliegen seinem Schutz. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt und frei in ihrer Betätigung. Niemand kann zum Eintritt in eine Glaubensgesellschaft, zur Teilnahme an ihrem Kultus oder zum Verbleiben in einer Glaubensgesellschaft gezwungen werden. Bestehende Rechte der Glaubensgesellschaften können nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgelehnt werden.
 15. Das Unterrichts- und Erziehungs- und Erziehungswesen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erziehung des Religionsunterrichtes obliegt den Glaubensgesellschaften. Staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht gezwungen werden. Die Erziehungsberufsberechtigten können von Staatswegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an Religionsübungen anzuhalten.
 16. Die Beamten haben das unbeschränkte Recht ihrer staats-

bürgerlichen Betätigung. Die Rechte der Beamten bleiben unangetastet.

17. Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der de mündigsten Tag nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muß, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.

18. Dieses Staatsgrundgesetz tritt, insofern es nicht bloße Programmätze (Ziffern 11, 12, 13, 14, 15) enthält, mit seiner Verkündung in Kraft.

München, 4. Januar 1919.
Fischer. Auer. Hoffmann. Jaffe. Rothhaupter. Thurn-Unterstein.

Soldatenausfahrungen in Stuttgart.

Von militärischer Seite wird mitgeteilt: Am Samstag morgen hat auf dem Schloßplatz eine Soldatenversammlung stattgefunden, in deren Verlauf vor dem Direktionsgebäude der Straßenbahn demonstriert und der 5 Pfennig-Tarif für Militärpersonen wieder durchgedrückt wurde. Danach begab sich die Menge vor das Kriegsministerium, wo Herr Schweizer sprach. Seine Rede wurde mit Protest aufgenommen. Die Entwiderrungsrede des Leiters des Kriegswesens hatte keinen Erfolg, denn die Menge, überwiegend in Uniform, drang in das Gebäude ein, erbrach die Schranke, wo die Nebellgewehre aufbewahrt waren, zerbrach diese gewaltig, nahm sie mit, zog dort ein und ließ den Offizieren die Aushelfstühle herunter. Mit dem Versprechen, bald wieder zu kommen, entfernte sich der Besuch. Eine der im vorher angeführten Aufruf ausgesprochenen Forderungen galt der Entsetzung der Offiziere. Die Soldatenräte, an ihrer Spitze der Leiter des Kriegswesens, waren machtlos.

Baden.

Karlsruhe 6. Januar.

** Angehörigen von Vermissten und Gefallenen, außer den Witwen und Waisen, also solchen, die keinen Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge haben, steht die Familienunterstützung nur noch bis zum 31. Dezember 1918 zu. Nach Mitteilung des Reichsamt des Innern ist aber in Aussicht genommen, deren weitere Unterstützung im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu regeln. Hierüber wird noch entsprechende Anordnung ergehen.

** Badisches Staatsschulbuch. Ende Dezember 1918 betragen die Eintragungen in das Staatsschulbuch 49 894 700 M. Von der 4prozentigen Schuld sind 42 042 800 M., von der 3/2prozentigen Schuld sind 7 841 700 M., von der 3prozentigen Schuld sind 10 200 Mark eingetragen. Die Eintragungen auf Grund von Bareinzahlungen belaufen sich seit 1. Januar 1913, d. i. seit Einführung des Staatsschulbuchs, auf 11 489 400 M.

** Es ist beabsichtigt, beginnend Anfang März d. J. eine Staatsprüfung im Hochbau nach Maßgabe der hierüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen (Gesetzes- und Verordnungsblatt von 1914 Seite 336) abzuhalten, wobei der Umfang des zu fertigenden größeren Entwurfs (§ 10 der genannten Verordnung) soweit eingeschränkt werden wird, daß er statt in 6 Monaten in sechs Wochen beendet werden kann. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind bis spätestens 8. Februar d. J. beim Finanzministerium einzureichen, das über die Zulassung entscheidet. Für die Kriegsteilnehmer, die infolge des Krieges die vorgeschriebene praktische Ausbildung von drei Jahren nicht erreicht haben, kann nach der Verordnung vom 17. November 1917 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 391) der geleistete Kriegsdienst bis zur Dauer von insgesamt einem Jahr auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, muß dies in seiner Anmeldung vermerken und dabei Art und Dauer des geleisteten Kriegsdienstes — angeben.

** Um die Schlachtungen von noch brauchbaren Pferden zu verhindern, die in letzter Zeit einen großen Umfang angenommen haben, ist bestimmt worden, daß künftig nur solche Pferde geschlachtet werden dürfen, welche nach dem Gutachten der für die Vornahme der Beschau zuständigen Tierärzte nicht mehr arbeitsfähig sind.

Das Ergebnis der Wahlen zur badischen Nationalversammlung.

Aus den vier Wahlkreisen liegen bis jetzt (unter Aufzählung der ungültigen und gesplitteten Stimmen) folgende Einzelergebnisse vor:

I. Wahlkreis.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Amstutz	Deutschnationale Volksp.	2191
Engen	Demokraten	2887
Demokraten	11. Soz.	—
Konstanz	Deutschnationale Volksp.	15 205
Demokraten	11. Soz.	8915
Mehrfach	Demokraten	4007
Deutschnationale Volksp.	11. Soz.	—
Mehrfach	Demokraten	1626
11. Soz.	—	—
Pfullendorf	Deutschnationale Volksp.	2960
Demokraten	11. Soz.	869
Stodach	Deutschnationale Volksp.	3497
Demokraten	11. Soz.	2658
Überlingen	Deutschnationale Volksp.	7811
Demokraten	11. Soz.	2928
Domauerschingen	Deutschnationale Volksp.	6224
Demokraten	11. Soz.	2972
Litzberg	Deutschnationale Volksp.	5244
Demokraten	11. Soz.	3387
Demokraten	11. Soz.	2557
Willingen	Deutschnationale Volksp.	6467
Demokraten	11. Soz.	4927
Vomdorf	Deutschnationale Volksp.	4333
11. Soz.	—	—
Siedingen	Deutschnationale Volksp.	1592
11. Soz.	—	—
Siedingen	Deutschnationale Volksp.	5045
11. Soz.	—	—
St. Blasien	Deutschnationale Volksp.	1186
11. Soz.	—	—
St. Blasien	Deutschnationale Volksp.	2652
11. Soz.	—	—
896	Demokraten	874

Wahlbezirk: 10 102, Deutschnationale Volksp. —, 3886, Demokraten 2536, II. Soz. —, 2 Gemeinden siehe noch aus.

II. Wahlkreis.

Wahlbezirk: Breisach Zentr. 4292, Deutschnationale Volksp. 700, Soz. 1987, Demokraten 2247, II. Soz. —, Emmendingen Zentr. 8155, Deutschnationale Volksp. 1702, Soz. 7907, Demokraten 7472, II. Soz. 7, Ettenheim Zentr. 4803, Deutschnationale Volksp. 258, Soz. 1573, Demokraten 2406, II. Soz. 64, Freiburg Zentr. 26 004, Deutschnationale Volkspartei 4162, Soz. 16 223, Demokraten 10 156, II. Soz. 769, Neustadt Zentr. 5105, Deutschnationale Volksp. 91, Soz. 2076, Demokraten 981, II. Soz. —, Ettenheim Zentr. 6375, Deutschnationale Volksp. 59, Soz. 1700, Demokraten 1297, II. Soz. 12, Rastatt Zentr. 7882, Deutschnationale Volksp. 145, Soz. 2574, Demokraten 1041, II. Soz. —, Rastatt Zentr. 3351, Deutschnationale Volksp. 1220, Soz. 9669, Demokraten 8372, II. Soz. 137, Müllheim Zentr. 1855, Deutschnationale Volksp. 811, Soz. 3082, Demokraten 4435, II. Soz. —, Schönau Zentr. 5239, Deutschnationale Volksp. 6, Soz. 1793, Demokraten 861, II. Soz. —, Schopfheim Zentr. 1841, Deutschnationale Volksp. 763, Soz. 4583, Demokraten 3394, II. Soz. —, Rehl Zentr. 485, Deutschnationale Volksp. 1042, Soz. 4499, Demokraten 562, II. Soz. 262, Lahr Zentr. 6993, Deutschnationale Volksp. 3751, Soz. 5312, Demokraten 5068, II. Soz. 238, Oberkirch Zentr. 6423, Deutschnationale Volksp. 100, Soz. 1697, Demokraten 1156, II. Soz. 72, Offenburg Zentr. 19 086, Deutschnationale Volksp. 1121, Soz. 7421, Demokraten 3788, II. Soz. 1027, Wolfach Zentr. 7261, Deutschnationale Volksp. 373, Soz. 2291, Demokraten 2207, II. Soz. 66.

III. Wahlkreis.

Wahlbezirk: Achern Zentr. 8196, Deutschnationale Volkspartei 126, Soz. 2346, Demokraten 1774, II. Soz. 26, Baden Zentr. 8423, Deutschnationale Volkspartei 487, Soz. 4227, Demokraten 4403, II. Soz. 145, Mühl Zentr. 11678, Deutschnationale Volkspartei 72, Soz. 2442, Demokraten 1375, II. Soz. 42, Rastatt Zentr. 15538, Deutschnationale Volkspartei 472, Soz. 11504, Demokraten 3674, II. Soz. 219, Bretten Zentr. 1680, Deutschnationale Volkspartei 3622, Soz. 4664, Demokraten 2601, II. Soz. 25, Bruchsal Zentr. 19010, Deutschnationale Volkspartei 1556, Soz. 9285, Demokraten 3566, II. Soz. 345, Durlach Zentr. 2102, Deutschnationale Volkspartei 4295, Soz. 12064, Demokraten 4724, II. Soz. 606, Ettlingen Zentr. 7210, Deutschnationale Volkspartei 339, Soz. 5351, Demokraten 1722, II. Soz. 315, Karlsruhe Zentr. 14588, Deutschnationale Volkspartei 8774, Soz. 31878, Demokraten 26197, II. Soz. 2927, Pforzheim Zentr. 3827, Deutschnationale Volkspartei 8729, Soz. 22651, Demokraten 10813, II. Soz. 766.

IV. Wahlkreis.

Wahlbezirk: Mannheim Zentr. 11 200, Deutsch-Nat. Volksp. 3712, Soz. 40 973, Demotr. 19 910, II. Soz. 3991, Schwetzingen Zentr. 5550, Deutsch-Nat. Volksp. 865, Soz. 8116, II. Soz. 884, Weinheim Zentr. 2157, Deutsch-Nat. Volksp. 1634, Soz. 6981, Demotr. 3094, II. Soz. 398, Eppingen Zentr. 1775, Deutsch-Nat. Volksp. 1657, Soz. 2654, Demotr. 2261, II. Soz. 46, Heidelberg Zentr. 10 494, Deutsch-Nat. Volksp. 5993, Soz. 20 008, Demotr. 16 674, II. Soz. 600, Sinsheim Zentr. 3170, Deutsch-Nat. Volksp. 3611, Soz. 4087, Demotr. 5418, II. Soz. 6, Wiesloch Zentr. 7012, Deutsch-Nat. Volksp. 1328, Soz. 2372, Demotr. 1876, II. Soz. 390, Welsheim Zentr. 2063, Deutsch-Nat. Volksp. 878, Soz. 1353, Demotr. 2064, II. Soz. 27, Wörzburg Zentr. 3772, Deutsch-Nat. Volksp. 1147, Soz. 759, Demotr. 2162, II. Soz. 4, Wuden Zentr. 10 191, Deutsch-Nat. Volksp. 107, Soz. 1681, Demotr. 1316, II. Soz. 20, Eberbach Zentr. 1678, Deutsch-Nat. Volksp. 631, Soz. 2123, Demotr. 2927, II. Soz. 31, Mosbach Zentr. 6112, Deutsch-Nat. Volksp. 1710, Soz. 2890, Demotr. 4370, II. Soz. 26, Tauberbischofsheim Zentr. 12 869, Deutsch-Nat. Volksp. 441, Soz. 1306, Demotr. 736, II. Soz. 11, Wertheim Zentr. 3936, Deutsch-Nat. Volksp. 1321, Soz. 1578, Demotr. 1830, II. Soz. 53. Einige Bezirke stehen noch aus.

Gewählt sind:

entsprechend der Reihenfolge in den Wahlvorschlagslisten:

Im 1. Wahlkreis (Konstanz):

Zentrum: 1. Weighaupt, Joseph, Präsident des bad. Bauernvereins in Pfaffenlof. 2. Göttscher, Ignaz, Schlossermeister in Billingen. 3. Beyerle, Maria, Lehrerin in Konstanz. 4. Diefner, Erhard, Gewerkschaftssekretär in Sickingen. 5. Wittmann, Joseph, Landgerichtsrat in Freiburg i. B. 6. Martin, Joseph, Landwirt und Bürgermeister in Bietingen, Amt Reß. 7. Schwab, Alfred, Bezirkstierarzt in Schönau i. B. 8. Amann, Albert, Schiffszüger und Stadtverordneter in Konstanz.

Sozialdemokraten: 1. Großhans, Karl, Schriftföher in Konstanz. 2. Weismann, Anton, Redakteur in Freiburg. 3. Fleig, Otto, Eisenbahnbetriebsverfäße in Billingen. 4. Regenscheid, Sophie, Ehefrau und Arbeiterin in Sickingen a. S.

Deutsche Demokratische Partei: 1. Benedek, Martin, Rechtsanwalt in Konstanz. 2. Saenger, Friedr. Ökonomierat und Bürgermeister in Diersheim. 3. Hummel, Hermann, Professor in Karlsruhe. 4. Schön, Friedrich, Bürgermeister in Donaueschingen.

Im 2. Wahlkreis (Freiburg):

Zentrum: 1. Dr. Joseph Birrh, Professor in Freiburg, zugleich Finanzminister in Karlsruhe. 2. Ferdinand Kayf, Rechtsanwalt und Obmann des Stadtverordnetenverbandes in Freiburg i. B. 3. Dr. Joseph Schöfer, Geistl. Rat und Diözesanpräses in Freiburg i. B. 4. Mathilde Otto, Armenfürsorgerin in Freiburg i. B., Wohnhofstr. 10. 5. Rudolf Seubert, Oberstaatskontrollleur in Kippenheim, Amt Ettenheim. 6. Joseph Duffner, Gutbesitzer in Furthwangen. 7. Anton Ziegelmair, Krankenkassenverwalter in Oberkirch. 8. Karl Mast, Betriebsleiter und Mitglied des Stadtverordnetenverbandes in Freiburg i. B. 9. Fridolin Enrid, Gewerkschaftssekretär in Freiburg i. B. 10. Alfred von Gleichenstein, Landwirt in Oberrotweil, Amt Breisach. 11. Karl Albieß, Bürgermeister und Landwirt in Müßbach, Amt Oberkirch. 13. Dr. jur. et phil. Eugen Baumgartner, Kreisfchulrat in Emmendingen.

Sozialdemokraten: 1. Philipp Marloff, Arbeitersekretär, zugleich Minister, Freiburg. 2. Ernst Koesch, Buchdrucker, Lörrach-Stetten. 3. Adolf Müller, Geschäftsföher, Schopfheim. 4. Gustav Richter, Stadtrat, Lahr. 5. Dr. Johann Koenigsberger, Universitätsprofessor, Freiburg. 6. Franz Geiler, Mediziner, Offenburg. 7. Luise Krüner, Filialleiterin, Freiburg. 8. Dr. Emil Kraus, Mitglied des Soldatenrates, Freiburg.

Deutsche Demokratische Partei: 1. Muser, Oskar, Rechtsanwalt in Offenburg. 2. Niederhöf, Adolf, Gewerberat in Rastatt. 3. Schneider, Christian, Bürgermeister und Hofbauer in Müßbach (Freiamt). 4. Goeßring, Emil, Fabrikant in Freiburg. 5. Holtermann, Friedrich, Delant in Müllern. 6. Herßter, Eduard, Bierbrauer und Landwirt in Schopfheim.

Deutsche nationale Volkspartei: 1. Karl Fischer, Landwirt und Bürgermeister, Reichenheim.

Im 3. Wahlkreis (Karlsruhe):

Sozialdemokraten: 1. Dieß, Dr., Eduard, Rechtsanwalt und Stadtrat, in Karlsruhe. 2. Stöcker, Friedrich, 3. Jt. Minister des Kultus und Unterrichts, in Pforzheim. 3. Fischer, August, Buchdrucker-Ehefrau, in Karlsruhe. 4. Weber, Friedrich, Kaufmann und Gemeinderat, in Durlach. 5. Marum, Ludwig, 3. Jt. Justizminister, in Karlsruhe. 6. Kurz, Heinrich, Landwirt und Gemeinderat, in Gröningen. 7. Kädert, Leopold, 3. Jt. Verkehrsminister, in Karlsruhe. 8. Samann, Bruno, Geschäftsföher des Metallarbeiterverbandes u. Stadtrat in Pforzheim. 9. Spitzer, Richard, Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes, in Karlsruhe. 10. Müller, Paul, Schreinermeister und Stadtrat in Baden-Baden. 11. Gerd, Eugen, Zeitungserleger und Stadtrat, in Karlsruhe. 12. Krißbach, Hubert, Schneider und Stadterordneter, in Bruchsal.

Zentrum: 1. Trunf, Gustav, Rechtsanwalt, Mitglied der bad. vord. Volksregierung als Minister für Ernährungswesen, in Karlsruhe. 2. Ziegelmair, Joseph, Landwirt und Bürgermeister, in Langenbrüden. 3. Frau Siebert, Maria, Vorsitzende des lat. Frauenbundes, in Karlsruhe. 4. Müller, Wilhelm, Vorsitzender des Bad. Eisenbahnerverbandes, und Stadterordneter, in Karlsruhe. 5. Wiedemann, Anton, Hauptlehrer und Stadterordneter in Bruchsal. 6. Köhler, Heinrich, Oberpostdir., Leiter der Presseabteilung der vord. Volksregierung, in Karlsruhe. 7. Ködel, Wilhelm, Stadtpfarrer, in Mühl. 8. Bernauer, Dr., Ernst, Oberlandesgerichtsrat, in Karlsruhe. 9. Belsler, Franz, Arbeitersekretär und Gemeinderat, in Ralsch. 10. Straub, August, Amtsrichter, in Wolfach.

Deutsch-DEMOKRATISCHE Partei: 1. Dietrich, Hermann, Minister, in Karlsruhe. 2. Haas, Dr., Ludwig, Minister, in Karlsruhe. 3. Red, Ludwig, Landwirt und Bürgermeister, in Egenheim. 4. Odenwald, Andreas, Fabrikant, in Pforzheim. 5. Glöckner, Dr., Karl, Präsident, in Karlsruhe. 6. Hoffmann, Karl, Malermeister, in Bruchsal.

Deutsche nationale Volkspartei: 1. Schöffle, Karl, Bürgermeister, in Langenbrüden. 2. Mayer, Th. Friedrich, Geh. Obertribunalrat, in Karlsruhe. 3. Habermehl, Gustav, Bijouteriefabrikant, in Pforzheim.

Im 4. Wahlkreis (Mannheim):

Sozialdemokraten: 1. Geiß, Anton, Gastwirt und Stadtrat, Mannheim. 2. Roth, Johann, Schlosser, Redaran. 3. Maier, Emil, Parteisekretär und Stadtrat, Heidelberg. 4. Kahn, Jakob, Expedient und Gemeinderat, Schwetzingen. 5. Strobel, Georg, Parteisekretär und Stadtrat, Mannheim. 6. Biedtold, Friedrich, Landwirt und Gemeinderat, Ebingen. 7. Klaus, Karl, Kassenbeamter und Stadtrat, Heidelberg. 8. Waje, Therese, Frau, Mannheim. 9. Spiess, Karl, Oberlehrer, Mannheim. 10. Jost, Martin, Braumeister, Eberbach. 11. Sahn, Karl, Parteisekretär und Stadterordneter Mannheim.

Zentrum: 1. Dr. Lehner Johann, Oberlandesgerichtspräsident, Karlsruhe. 2. Gerhardt, Richard, Metallarbeiter, Mannheim-Sandhofen. 3. Bierckel, Joh. Guß, Gutbesitzer, und Bürgermeister, Landau. 4. Nigal, Maria, Hauptlehrerin, Mannheim. 5. Schell, Alois Johann, Pfarrer, Gerichtstetten. 6. Seiffried, Christian, Profurist, Mannheim. 7. Hartmann, Gustav, Gewerkschaftssekretär, Heidelberg. 8. Spengler, August, Bürgermeister, Karlsruhe. 9. Schneider, Gustav, Kammerle, Heidelberg. 10. Reinhard, Bernhard, Schlossermeister und Gemeinderat, Mosbach.

Deutsch-demokratische Partei: 1. König, F., Rechtsanwalt, Mannheim. 2. Vogel, Karl, Messerschmiedemeister und Stadtrat, Mannheim. 3. Helm, G., Pfarrer, Unterschöps (Amt Wörzburg). 4. Frau Marianne Weber, Heidelberg. 5. Gothein, Eberhard, Universitätsprofessor, Heidelberg. 6. Jhrig, Wilhelm, Oberlehrer, Mannheim. 7. Schöffler, Franz, Heinrich, Landwirt, Heidesheim. 8. Leiser, Guido, Stadterordneter, Heidelberg.

Deutsche nationale Volkspartei: 1. Gertle, Georg, Landwirt und Bürgermeister, Sackfenlur. 2. Karl, Wilhelm, Pfarrer, Tauberbischofsheim. 3. Mager, Lothar, Kaufmann, Heidelberg.

Der Nationalversammlung wird eine große Anzahl bekannter badischer Parlamentarier und Politiker angehören, so von Zentrumsmitgliedern Birrh, Trunf, Weighaupt, Kopsf, Schöfer, Seubert, Köhler, Lehner, Ködel, Bernauer, Duffner u. a., von Mitgliedern der Demokratischen Partei Haas, Dietrich, Schön, Säger, Niederhöf, Hummel, Muser, Benedek, Gothein, Glöckner ufm., von Sozialdemokraten Geiß, Stöcker, Marum, Marloff, Kädert, Weismann, Gerd, Dieß ufm., von Mitgliedern der Deutsch-nationalen Volkspartei Dr. Dürringer u. a. Nicht mehr gewählt sind die früheren Abge. Rebmann, Köhlin, Dr. Bod., Wassa, Gönner und Dr. Weill. Durch den Einzug der Frauen in die Nationalversammlung erhält die künftige badische Volksvertretung eine besondere neue Rolle.

Nach den bisher vorliegenden Berichten war das Interesse an der Wahlhandlung im ganzen Lande, vor allem in Karlsruhe, überaus stark. Namentlich in den Abendstunden füllte eine gewaltige Menschenmenge die Straßen und Lokale, um womöglich noch am Abend die wichtigsten Wahlergebnisse in Erfahrung zu bringen. Der größte Teil der Meldungen lief aber so spät ein, daß auch in ziemlich vorgerückter Stunde noch kein Überblick über die vermutliche Zusammensetzung der Nationalversammlung möglich war. Die Wahlen nahmen, soweit bekannt, durchweg einen ruhigen und würdigen Verlauf.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. („Liebe im Schnee.“) Die gemeinschaftlichen Verfasser der dreiaktigen Operette „Liebe im Schnee“, Ralph Benatzky und Willy Rager — die Musik stammt von Ralph Benatzky allein — haben mit dem Eifer besessen, unsere heutige Operette mit ihrer neuesten Schöpfung aus jener Atmosphäre süßlicher Sentimentalität herauszugeben, wie sie der Geschmack des modernen Großstadtpublikums so sehr liebt. Nur mit dem Titel, der sehr eberbar klingt, so daß man einen ganz anderen Etil und Inhalt erwartet, sind sie aus der Rolle gefallen. Davon abgesehen haben sie sich ganz an das Rezept ihrer Kollegen von der modernen Operette gehalten und haben aus unmotiviert sich aneinanderreihenden Tanzszenen, die mit ein bißchen Dialog, ungläublichen Sanktionen und Witzgen

abwechselfeln, aus blassen, vertroddelten Männern und kindlichen, überspannten Frauenzimmern, aus verlogener Sentimentalität, aus ein bißchen Situationskomik und zügelloser Satire einen Schmarren zurechtgemacht, dem sich die Musik würzig anpaßt. Es sind jene schmachtenden Lieber, in denen das kindliche Stummeln Verliebter bis zur Unertüchlichkeit gesteigert ist, jene Balzer und Schieber, die mit ihrer charakterlosen Melodie die Gedankenarmut unserer Komponisten schlagend dokumentieren, jene kleinen musikalischen Stimmungsbildchen, die man ungern aber notgedrungen einfügt, um der Form zu genügen und um nur einigermaßen die unmotivierten Szenen zusammenzuhalten. Wenn in späteren Jahrhunderten der kulturgeschichtliche Forscher diese Werke zu Gesicht bekommt, wird ihm das Urteil nicht über den Geschmack unserer Großstädter fällen! Es ist schade um all die Mühe und den Fleiß und um die Kosten, die aufgewandt werden müssen, um eine derartige Ungeheuerlichkeit von Geschmadslosigkeit aufzuführen, während mancher nach dem Höchsten ringende Künstler, weil Mittel und Zeit fehlen, unausgeführt bleibt.

Von den Mitwirkenden muß zunächst Herr Norden als Fürst genannt werden, der mit seinem ersten Auftreten in die tödliche Langeweile des 1. Aktes Schwung und Leben brachte. Gefanglich bereitete er ja freilich mit seiner brüchigen Stimme einen zweifelhaften Genuß, aber als Langkünstler war er von einer drastischen Komik und Beweglichkeit, so daß das Publikum nicht genug davon sehen konnte und trotz der nicht mißzuverstehenden Kritik des Künstlers in seinen Forderungen unerbittlich blieb. Herr Neugebauer als Kammerjänger erreichte durch humoristisches Spiel und seine prächtige Stimme, während Fr. Vashinger als Prinzessin es an Charme und natürlicher Frische fehlen ließ und auch stimmlich nicht recht zur Geltung kam. Dagegen gewann sich Fr. Friedrich als Ellen Kramer mit ihrem temperamentvoll geungenen Auftrittstied „Donnerwetter“ gleich alle Herzen. Besonders gefiel sie auch in dem Schaulustgetz, das wiederholt werden mußte. Herr Müller als Personaladjutant oder Brillantenschieber, wie ihn sein Fürst mit selbstverständlicher Unerschämtheit tituliert, darf mehr aus seiner Reserve herausgeben, sonst wirkt er zu latentenhaft. Von den übrigen Mitwirkenden sind noch lobend zu erwähnen Herr Duffard, der, trotz mangelhafter Klänge, durch wunderbar deutliche Aussprache angenehm auffiel, Frau Wosei-Tomshil als einflügelte Liebe des Fürsten, Frau Bauer als Hofdame, Herr Benedikt als Bürgermeister, Fr. Genter als dessen Gattin und die Herren Gande, Gröninger, Lindemann und Arras als hochadulante Bewerber um die Hand der Prinzessin Gertrud. Herr Schweppe als musikalischer Leiter belebte nach Möglichkeit das musikalische Bild durch rhythmische wie dynamische Manierierung. Das Haus war gut besucht und sehr beifallsfreudig. R.—r.

Staatsanzeiger.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unterm 20. Dezember 1918 beschlossen, den Professor Dr. Ernst Bed an der Höheren Bürgerschule in Hornberg zum Vorstand sowie den Lehramtspraktikanten Dr. Joseph Enderke von Rhina zum Professor an der genannten Anstalt zu ernennen.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unterm 21. Dezember 1918 den Bezirksarzt Dr. Oskar Frey in Bogberg in gleicher Eigenschaft nach Weinheim versetzt.

Mit Entschließung des Ministeriums des Auswärtigen vom 28. Dezember 1918 wurde dem Postverwalter Nikolaus Hiltensbrand beim Postamt Merdingen sowie dem Oberpostassistenten Albert Dendert beim Postamt in Pforzheim der Titel Postsekretär verliehen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Auswärtigen vom 28. Dezember 1918 wurde dem Ober-Postassistenten Wilhelm Schneider in Mannheim mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 der Titel Postsekretär verliehen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Auswärtigen vom 4. Januar d. J. wurde der charakterisierte Postsekretär Andreas Verlich aus Lichtenau in einer Sekretärstelle beim Postamt 2 in Karlsruhe planmäßig angestellt.

Den eintägigen Verwaltungsaktoren Richard Kraumann und Karl Lämmlein wird mit der Amtsbezeichnung „Verwaltungssekretär“ die eintägige Stelle eines Bureaubeamten bei Zentralverwaltungen übertragen.

Dem auf die Pfarrei Ringolsheim, Delant St. Leon, designierten bisherigen Pfarrkuraten Ludwig Böbel in Dinglingen wurde am 1. Dezember 1918 die kanonische Institution erteilt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 4. Januar d. J. den Amtssakuar Johann Veger vom Bezirksamt Konstanz zu dem Bezirksamt Lörrach und den Amtssakuar Gustav Eichhorn vom Bezirksamt Lörrach zu dem Bezirksamt Mannheim versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 27. Dezember d. J. den Eisenbahnassistenten Friedrich Schott in Appenweier zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Hochbaufach betr.

Anfang März d. J. wird für Kriegsteilnehmer eine Staatsprüfung im Hochbaufach beginnen, zu der die Anmeldungen mit den in § 1 Abs. 1 der Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1914 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 336) bezeichneten Angaben und Nachweisen bis spätestens 8. Februar d. J. bei uns eingureichen sind, worauf über die Zulassung entschieden wird. Für die Kriegsteilnehmer, die infolge des Krieges die vorgeschriebene praktische Ausbildung von drei Jahren nicht erreicht haben, kann nach der Verordnung vom 17. November 1917 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 391) der geleistete Kriegsdienst bis zur Dauer von insgesamt einem Jahr auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, muß dies in seiner Anmeldung vermerken und dabei Art und Dauer des geleisteten Kriegsdienstes — vgl. § 11 der zuletzt genannten Verordnung — angeben.

Karlsruhe, den 8. Januar 1919.
Ministerium der Finanzen.
Der Ministerialdirektor:
Schellenberg. Hofel.

Heeresgut ist Reichsgut

Gib heraus, was nicht Dir gehört.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Durlach. Handelsregister. Zu S. Dreifing & Sohn, Königsbach, wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst, die Firma erloschen. Amtsgericht. 3.173

Eberbach. 3.174
In das Handelsregister A Band I wurde zu D. 3. 81, betr. die Firma „Gebrüder Döbert, Unter-Schwarzach“ eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Liquidation erfolgt durch Kaufmann Martin Böh in Aglasterhausen. Eberbach, 21. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht.

Emmendingen. 3.175
In das Handelsregister A Band I zu D. 3. 91 — Firma J. M. Wertheimer u. Cie., Emmendingen — wurde heute eingetragen: Der Gesellschafter Kaufmann Max Wertheimer ist am 1. Juli 1918 aus der Gesellschaft ausgetreten. Kaufmann Louis Wertheimer in Emmendingen ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Emmendingen, 21. Dezember 1918. Amtsgericht

Heidelberg. 3.218
Handelsregister-Eintrag. Abt. A. Bd. II. D. 3. 212 zur Firma Leopold Marx & Söhne in Sandhausen. Die Procura des Theodor Marx und Arthur Marx in Heidelberg ist erloschen. Heidelberg, 30. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht 3.

Karlsruhe. 3.200
In das Handelsregister B Band IV D. 3. 39 ist zur Firma Karlsruher Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 19. Dezember 1918 sind die §§ 1 und 7 des Gesellschaftsvertrages geändert worden; hiernach ist die Firma geändert in: Babische Betriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen oder durch zwei Prokuristen vertreten. Joseph Steinhardt, Kaufmann, Karlsruhe, ist als weiterer Geschäftsführer, Richard Rauert, Kaufmann, Karlsruhe, ist als Prokurist bestellt. Karlsruhe, 28. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht B. 2.

Rehl. 3.176
In das Handelsregister Abt. B. D. 3. 11 wurde eingetragen zu Faber-Fingado, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rehl. Durch Beschluss des alleinigen Gesellschafters vom 19. Dezember 1918 wurde die Gesellschaft aufgelöst. Liquidator ist Kaufmann Rudolf Fingado in Rehl. Rehl, 20. Dez. 1918. Amtsgericht.

Reuzingen. 3.205
In das Handelsregister B wurde bei D. 3. 6 — Elektrische Oberland-Zentrale Oberhausen, Aktien-Gesellschaft, in Oberhausen — eingetragen: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 30. August 1918 wurde § 13 des Gesellschaftsvertrages — Entschädigung und Gewinnanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats — geändert. Reuzingen, 30. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht.

Reuzingen. 3.206
Herbolzheimer Eisen- und Elektro-Industrie, A. G., in Herbolzheim, eingetragen in Handelsregister B unter D. 3. 9. Zur Bekanntmachung vom 14. Dezember 1918 über die Eintragung erwählter Aktien-Gesellschaft wird nachgetragen: die Firma Herbolzheimer Eisenindustrie

G. m. b. H. in Herbolzheim bringt in die Gesellschaft ein: das Grundstück Lsg. Nr. 626 der Gemarkung Herbolzheim (Hofreite mit Gebäulichkeiten und Hausgarten), sämtliche in ihrem Geschäft befindlichen Maschinen und Werkzeuge, die Werkstatteinrichtung und Werkzeuge, die Bureaueinrichtung und die elektrische Anlage, die übrigen Aktiven des Geschäfts, wie Waren, Betriebsmaterialien, Kassenstände und Bankguthaben im Gesamtwerte von 166 288 M. 81 Pf., auf welcher Sacheinlage Verpflichtungen lasten und mitübernommen werden in Höhe von 96 288 M. 81 Pf., sodas der Wert der Sacheinlage die Höhe der Verpflichtungen um 70 000 M. übersteigt, wofür die einbringende Firma 70 vollbezahlte Aktien im Nennwerte von 70 000 Mark erhält. Reuzingen, 29. Dez. 1918. Bad. Amtsgerichts.

Konstanz. 3.171
Handelsregister-Eintrag zu Band I D. 3. 33, Firma Ernst Straub, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Zürich mit dem Sitz in Konstanz. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Als Liquidatoren sind die bisherigen Geschäftsführer bestellt, von denen jeder einzelne zur Zeichnung der Firma berechtigt ist. Zu Band I D. 3. 32, Firma Ernst Straub, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Konstanz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Als Liquidatoren sind die bisherigen Geschäftsführer bestellt, von denen jeder einzelne zur Zeichnung der Firma berechtigt ist. Zu A Band III D. 3. 195, Firma Mater u. Co., Kreuzlingen mit Zweigniederlassung in Konstanz: Die Zweigniederlassung in Konstanz ist erloschen. Zu A Band II D. 3. 56, Firma Gottlieb Mayer u. Cie., Konstanz: Die Firma ist erloschen. Konstanz, 24. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht.

Lörrach. 3.177
Zum Handelsregister wurde eingetragen: A II 43 bei der Firma F. Alal in Lörrach. Gesellschaft aufgelöst. Firma erloschen. A I 44 bei der Firma Josef Borocco in Lörrach: Inhaber nunmehr Albert Borocco, Kaufmann in Lörrach. Neueintragung: A III 62: Die Firma Friedrich Alal, Haus zum Schwanen in Lörrach. Inhaber: Karl Alal, Kaufmann in Lörrach. A III 63: Friedrich Alal, Haus zu den Drei Königen in Lörrach. Inhaber: Fritz Alal, Kaufmann in Lörrach. A III 64: Forster & Co. in Lörrach, offene Handelsgesellschaft. Geschäftsführer: Eugen Forster, Kaufmann in Lörrach und Otto Forster, Kaufmann daselbst. A III 40: Die Firma Friedrich Wöhler in Lörrach ist erloschen. Die Firma J. F. Wöhler besteht noch. Lörrach, 20. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht.

Mannheim. 3.178
Zum Handelsregister B Band XIV D. 3. 28 Firma „Enfabelele Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch den Beschluss der Gesellschafter vom 29. November 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Liquidatoren sind durch 2 Liquidatoren gemeinsam vertreten. Die bisherigen Geschäftsführer sind Liquidatoren. Mannheim, 27. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.179
Zum Handelsregister B Band II D. 3. 43 Firma „Mannheimer Bienenbau-Aktiengesellschaft“

in Mannheim wurde heute eingetragen: Joseph Zimmern ist durch Tod aus dem Vorstand ausgeschieden; Ludwig Zimmern, Kaufmann, Mannheim, ist zum Mitgliede des Vorstandes bestellt. Mannheim, 27. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.180
Zum Handelsregister B Band III D. 3. 46 Firma „Naab, Karger & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Niederlassung Mannheim“ in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Naab, Karger & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Straßburg i. E. wurde heute eingetragen: Der Sitz der Gesellschaft ist von Straßburg i. E. nach Karlsruhe verlegt. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 1. November 1918 wurde § 1 des Gesellschaftsvertrages entsprechend der Sitzverlegung abgeändert. Mannheim, 27. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.181
Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band V D. 3. 194 Firma „S. Wlad“ in Mannheim. Dr. Gustav Schulz, Ludwigshafen a. Rh., ist als Prokurist bestellt. 2. Band VII D. 3. 85 Firma Eugen Fochtenberger in Mannheim. Eugen Fochtenberger ist gestorben, das Geschäft mit der Firma auf Sigmond Keller, Kaufmann, Mannheim, als alleinigen Inhaber übergegangen. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Sigmond Keller abgeschlossen. Die Procura der Eugen Fochtenberger Ehefrau ist erloschen. 3. Band XV D. 3. 184 Firma „Kouragehandlung Marie Hoffmann“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. 3.182
4. Band XVIII D. 3. 167 Firma „Hessische Del- und Fett-Manufaktur S. Gans“ in Mannheim, Rollstraße Nr. 13. Inhaber ist Moritz Gans, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Handel in Ölen, Fetten, Seifenwaren und Tobak. 5. Band XVIII D. 3. 168: Firma „Erste Mannheimer Gas-Gläsfl.-Versicherung Andreß & Barth“ in Mannheim, Waldparlstraße Nr. 4. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 27. Dezember 1918 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Hermann Alexander Andreß, Kaufmann, Mannheim, und Eugen Franz Barth, Elektromonteur, Mannheim. Geschäftszweig: Gas-Gläsfl.-Versicherung. 6. Band XVIII D. 3. 169: Firma „Malgosa Mannheimer Landwirtsch. Geräte-Fabrik Rosenbaum“ in Mannheim, Sobowienstr. Nr. 9a. Inhaber ist Abraham Rosenbaum, Fabrikant, Mannheim. Geschäftszweig: Fabrik für landwirtsch. Geräte, Tafel- und Degimalnagen. 7. Band XVIII D. 3. 170: Firma „Friedrich Haufen“ in Mannheim, Max-Josefstraße Nr. 22. Inhaber ist Friedrich Haufen, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Handel in Stahl, Eisen und Werkzeugen. Mannheim, 28. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.241
Zum Handelsregister B Band XIV D. 3. 5 Firma „Gim“ Chemisches Industrie-Mannheim Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 20. Dezember 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Liquidatoren sind durch einen Liquidator vertreten. Liquidator ist Frau Anna Sted geb. Krehler, Mannheim. Paul Koch ist als Geschäftsführer der Gesellschaft ausgeschieden. Mannheim, 31. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.253
Handelsregister Abt. A. D. 3. 60 betr. die Firma

„Maschinen“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 30. Dezember 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Gesellschaft wird durch einen Liquidator vertreten. Liquidator ist Ernst Pfeiffer, Kaufmann, Mannheim. Mannheim, 31. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.250
Zum Handelsregister B Band XIV D. 3. 27 Firma „Duisburg-Ruhrorter Schleppeverein Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Nach dem Gesellschaftsbeschluss vom 10. April 1918 soll das Stammkapital um 150 000 M. erhöht werden; diese Erhöhung hat stattgefunden, das Stammkapital beträgt jetzt 250 000 Mark. Mannheim, 28. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.221
Zum Handelsregister B Band V D. 3. 7 Firma „Mannheimer Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Nach dem Gesellschaftsbeschluss vom 13. Dezember 1918 ist jetzt Gegenstand des Unternehmens: Der Erwerb und Verkauf von Brennmaterial und ähnlichen Erzeugnissen. Durch Beschluss der Gesellschaft vom 13. Dezember 1918 wurde der bisherige Gesellschaftsvertrag mit allen Nachträgen aufgehoben und der Gesellschaftsvertrag neu gefasst; nach dieser Neufassung beträgt das Stammkapital jetzt 100 000 Mark, das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer oder deren Stellvertreter vertreten. Zur Zeichnung der Firma ist, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, die Unterschrift zweier Geschäftsführer, und, wenn Prokuristen bestellt sind, die Unterschrift zweier Geschäftsführer oder eines Geschäftsführers und eines Prokuristen erforderlich. Mannheim, 30. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.240
Zum Handelsregister B Band V D. 3. 13 Firma „Buchs, Runk u. Heidenz-Druckerei Ferdinand Steinhart & Cie. vormalig Ferdinand Rommel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. Dezember 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Gesellschaft wird durch einen Liquidator vertreten. Liquidator ist Dr. Eugen Weingart, Rechtsanwält, Mannheim. Die Procura der Ferdinand Steinhart Ehefrau, Maria geb. Fuld ist erloschen. Mannheim, 31. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.241
Zum Handelsregister B Band XIV D. 3. 5 Firma „Gim“ Chemisches Industrie-Mannheim Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 20. Dezember 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Liquidatoren sind durch einen Liquidator vertreten. Liquidator ist Frau Anna Sted geb. Krehler, Mannheim. Paul Koch ist als Geschäftsführer der Gesellschaft ausgeschieden. Mannheim, 31. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.241
Zum Handelsregister B Band XIV D. 3. 5 Firma „Gim“ Chemisches Industrie-Mannheim Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 20. Dezember 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Liquidatoren sind durch einen Liquidator vertreten. Liquidator ist Frau Anna Sted geb. Krehler, Mannheim. Paul Koch ist als Geschäftsführer der Gesellschaft ausgeschieden. Mannheim, 31. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht Z. I.

Mannheim. 3.253
Handelsregister Abt. A. D. 3. 60 betr. die Firma

Ludwig Blattmann in Oberkirch, erste Oberkircher Schlaufadenweberei & Fadenfabrik, Seiler- & Gurtenweberei. Die Firma ist geändert in: „Ludwig Blattmann, Seilerwaren, Drahtseile, Holzwaolleseile und Fadenfabrik in Oberkirch.“ Dem Kaufmann Ludwig Blattmann jung und dem Kaufmann Ernst Jude, beide in Oberkirch, ist Einzelprocura erteilt. Oberkirch, 31. Dez. 1918. Amtsgericht.

Offenburg. 3.245
Handelsregister-Eintrag. Abt. A. Bd. I. D. 3. 245 — Firma Anton Pfaff, Effigfabrik und Brauweinbrennerei, Offenburg —: Firmenanhaber der Firma ist Weinkändler Isidor Wlog in Offenburg, auf welchen das Geschäft nebst Firma durch Kauf übergegangen ist. Dem Kaufmann Anton Pfaff in Offenburg ist Procura erteilt. Offenburg, 2. Jan. 1919. Amtsgericht.

Offenburg. 3.246
Handelsregister-Eintrag. Abt. A. Bd. I. D. 3. 25 — Firma Wecht & Gehring, offene Handelsgesellschaft, Offenburg —: Der Gesellschafter Gottfried Gehring ist gestorben. In seiner Stelle ist Emil Gehring in Offenburg als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Offenburg, 2. Jan. 1919. Amtsgericht.

Pforzheim. 3.182
Handelsregister-Eintrag: Firma Rob. Bürkle in Pforzheim. Das Geschäft ging mit der Firma auf die Sägemerksbesitzer Bernhard Bürkle und Robert Bürkle in Pforzheim über. Offene Handelsgesellschaft seit 23. Dezember 1918. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen u. Verbindlichkeiten ist beim Erwerbe des Geschäfts durch Bernhard und Robert Bürkle abgeschlossen. Pforzheim, 27. Dez. 1918. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 3.183
Handelsregister-Eintrag: Firma Georg Wält in Pforzheim. Rechnung Robert Herdke junior in Pforzheim ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen. Offene Handelsgesellschaft seit 16. Dezember 1918. Pforzheim, 27. Dez. 1918. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 3.222
Handelsregister-Eintrag. Die Firma Kaufhild & Steube in Pforzheim ist in Christian Steube geändert. Pforzheim, 17. Dez. 1918. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 3.247
Handelsregister-Eintrag. Firma Oskar Schend in Pforzheim. Dem Kaufmann Heinrich Einold in Königsbach ist Einzelprocura erteilt. Pforzheim, 27. Dez. 1918. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 3.248
Handelsregister-Eintrag. Firma Gustav Hölle Bue. in Pforzheim. Inhaberin ist Kaufmann Gustav Hölle Witwe, Maria geb. Gaumer in Pforzheim. Dem Kaufmann Adolf Gengenbach in Pforzheim ist Procura erteilt. Pforzheim, 27. Dez. 1918. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 3.249
Handelsregister-Eintrag. Firma Süddeutsche Gold- & Silberbergwerksgesellschaft mit beschränkter Haftung in Pforzheim. Das Stammkapital ist auf Grund des Gesellschaftsbeschlusses vom 27. September 1918 um 58 000 M. erhöht und beträgt jetzt 118 000 M. Durch den gleichen Gesellschaftsbeschluss wurde der Gesellschaftsvertrag in § 7 abgeändert. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten, als welcher Ingenieur Wilhelm Näher bestellt ist. Pforzheim, 27. Dez. 1918. Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell. 3.250
Zum Handelsregister B D. 3. 16 ist bei der Firma Seegmüller & Cie., G. m. b. H. in Straßburg, Zweigniederlassung in Singen eingetragen worden: Dem Kaufmann Adolf Blum in Singen ist Procura erteilt mit der Maßgabe, daß er gemeinschaftlich mit dem Prokuristen Reinhold Schmid oder ein jeder der beiden mit einem Geschäftsführer gemeinschaftlich die Firma zu zeichnen hat. Radolfzell, 28. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell. 3.184
In das Handelsregister A Band II D. 3. 112 wurde heute eingetragen: Dehse und Burger, Architekten, Unternehmung für Hoch- und Tiefbau Radolfzell. Inhaber: Otto Dehse und Eugen Burger, Architekten, Radolfzell. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 27. Dezember 1918 begonnen. Otto Dehse ist zur Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt. Radolfzell, 27. Dez. 1918. Amtsgericht.

Radolfzell. 3.185
In das Handelsregister B Band I D. 3. 30, Fräse- & Frankfurter Maschinenfabrik G. m. b. H., Gengenau, wurde heute eingetragen: Direktor Albert Donner ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Radolfzell, 27. Dez. 1918. Amtsgericht.

St. Blasien. 3.231
Handelsregister B D. 3. 8: Firma Motorwagen-Gesellschaft St. Blasien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in St. Blasien: Kaufleute Joseph Weihenberger und Gustav Grumbach in St. Blasien sind aus der Geschäftsführung ausgeschieden; Kaufmann Peter Alenberger in St. Blasien ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. St. Blasien, 17. Dez. 1918. Bad. Amtsgericht.

Schönau. 3.172
Zum Handelsregister Abt. A Band I wurde unter D. 3. 104, Firma Norman Dietrich in Aflenz, heute eingetragen: Das Geschäft ist auf die von Fabrikant Albert Dietrich und Kaufmann Anton August Dietrich in Aflenz am 1. Oktober 1918 errichtete offene Handelsgesellschaft übertragen und wird von dieser unter der bisherigen Firma weitergeführt. Schönau, 19. Dez. 1918. Amtsgericht.

Trieburg. 3.165
Zum Handelsregister B Band II wurde unter D. 3. 4 eingetragen: Wilhelm Kirberg, Buchdruckerei, Gesellschaft mit dem Sitz in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb u. Fortbetrieb der Firma Wilhelm Kirberg in Furtwangen insbesondere der Druck und Verlag der Tageszeitung „Neues Schwarzwälder Tagblatt“ sowie Druckerei, Buch- u. Papierhandlung. Das Stammkapital beträgt 30 000 M. Geschäftsführer

ist der Schriftführermeister Otto Braunagel in Furtwangen. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Schwarzwälder Tagblatt. Der Gesellschaftsvertrag mit Nachtrag vom 9. September 1918 ist am 18. August 1918 festgestellt. Trieburg, 24. Dez. 1918. Amtsgericht.

Willingen. 3.207
Unter D. 3. 316 des Handelsregisters der Abt. A wurde eingetragen: Firma Oscar Reichardt in St. Georgen i. Sch. Inhaber der Firma ist Oscar Reichardt, Sägewerksbesitzer in St. Georgen. Dem Kaufmann Bruno Ditz in St. Georgen ist Procura erteilt. Willingen, 21. Dez. 1918. Amtsgericht Willingen.

Waldbühl. 3.232
In das Handelsregister A D. 3. 11 „Firma Franz Otto Stalf in Waldbühl“ wurde heute eingetragen: Das bisher unter dieser Firma betriebene Manufakturwarengeschäft ist auf die Kaufleute Arthur und Karl Stalf in Waldbühl übertragen. Die nunmehr bestehende offene Handelsgesellschaft hat am 1. Dezember 1918 begonnen und wird unter überänderter Firma fortgeführt. Waldbühl, 20. Dez. 1918. Amtsgericht.

Weinheim. 3.194
Zum Handelsregister B D. 3. 20 zur Firma „Müller & Feder, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Gochsfladen wurde eingetragen: Der Geschäftsführer Karl Seminger ist ausgeschieden. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 3. Juli 1918 wurde der Gesellschaftsvertrag abgeändert. Hat die Gesellschaft nur einen Geschäftsführer, so wird sie durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten je zwei derselben gemeinsam oder einer mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Die Gesellschaft kann auch durch zwei Gesamtprokuristen vertreten werden. Ist einer der derzeitigen vier Gesellschafter, nämlich Karl Feder, Franz Kader, Kerber, Karl Seminger und Frau Therese Kerber, Geschäftsführer, so vertritt er ohne Rücksicht auf die Zahl der Geschäftsführer allein die Gesellschaft. Weinheim, 20. Dez. 1918. Amtsgericht I.

Weinheim. 3.195
Zum Handelsregister A Band I D. 3. 42 zur Firma „Wilhelm Sagel G. Weiser Nachfolger“ in Weinheim wurde eingetragen: Die Firma ist auf Kaufmann Karl Schmeier in Weinheim übergegangen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Karl Schmeier abgeschlossen. Weinheim, 20. Dez. 1918. Amtsgericht I.

Genossenschafts-Register. 3.224
Genossenschaftsregister-Eintrag Band I. D. 3. 8: Vorshub- und Sparverein Engen, eingetr. Gen. mit unbeschr. Haftpflicht. Engen. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Karl Poppel ist Kontrolleur Johann Wiedenborn in Engen zum Vorstandsmitglied bestellt. Engen, 24. Dez. 1918. Amtsgericht.

Heidelberg. 3.225
Bereinsregister-Eintrag. Band II D. 3. 42 Verein „Gefangenen Eintracht“ in Heidelberg. Heidelberg, 31. Dez. 1918. Amtsgericht 3.